



## Beilage **Arbeiterpolitik**

# Angestellte Lehrkräfte brauchen eine Entgeltordnung

**Im Jahre 2013 haben angestellte Lehrerinnen und Lehrer der öffentlichen Schulen Berlins an 17 eintägigen Warnstreiks teilgenommen, zu denen die GEW-Berlin aufgerufen hatte. An etlichen Schulen fiel während der Streiktage eine Menge Unterricht aus. Ziel der Kampfmaßnahmen war, die Berliner Landesregierung zu Verhandlungen über eine Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-EGO) für Berlin zu zwingen, weil ein bundesweiter Tarifvertrag im Frühjahr nicht zustande gekommen war.**

Einem solchen verweigerten sich die Arbeitgeber, die in der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) zusammengeschlossenen Landesregierungen nach 2009 und 2011 schon zum dritten Mal. Die Eingruppierung der bundesweit ca. 200.000 angestellten Lehrkräfte entsprechend den Beschäftigungsmerkmalen im Tarifvertrag der Länder (TVL) wird bis heute vom Arbeitgeber einseitig bestimmt und zwar nach den im jeweiligen Bundesland geltenden unterschiedlichen beamtenrechtlichen Verordnungen. Seit 2009 unternimmt die GEW Anstrengungen, zu einer für alle Länder verbindlichen, einheitlichen Entgeltordnung zu kommen.

Ähnlich kompliziert verhält es sich mit der Arbeitszeit der angestellten Lehrkräfte. Diese entspricht laut §44 des TVL der Arbeitszeit der verbeamteten Lehrkräfte in den einzelnen Bundesländern, d. h. jede Veränderung, ob zum Guten oder Schlechten, betrifft auch die Angestellten. Der 44er kann nicht einzeln gekündigt werden. Würde der ganze TVL gekündigt werden (gemeinsam von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes), so würde bis zur Neuregelung der gekündigte Tarifvertrag für bestehende Arbeitsverhältnisse nachwirken, für neue allerdings wäre der Arbeitgeber frei in der Vertragsgestaltung und das könnte für einzustellende KollegInnen bitter werden. In der Arbeitszeitfrage besteht also Friedenspflicht, nicht jedoch bei der Eingruppierung.

Sinn und Zweck der Bemühungen der GEW um eine L-EGO ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass irgendwann die eklatanten Einkommensunterschiede zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften angeglichen werden.

Tag für Tag machen sie die gleiche Arbeit, Angestellte verdienen aber nach Modellrechnungen der GEW im Laufe von 40 Arbeitsjahren bis zu 230.000 Euro weniger. Beamtete Lehrkräfte haben das höhere Netto-Einkommen, die höhere Pension, den Familienzuschlag und bekommen im Krankheitsfall ihr Gehalt unbegrenzt weiter und für diese Privilegien verzichten sie auf Mitbestimmung bei der Festlegung der Arbeitszeit und Besoldung. Angestellte Lehrkräfte haben weniger Lohn, weniger Rente, keinen Familienzuschlag, Lohnfortzahlung nur bis zu 6 Wochen und sie müssen auch auf die Mitbestimmung verzichten.

### Die besondere Berliner Situation

Berlin bezahlt noch am besten, nämlich von Beginn an die höchste Erfahrungsstufe im TVL und zusätzlich eine freiwillige Zulage, die allen bis 2017 Eingestellten auf Dauer zugesichert wurde. Dieses Zugeständnis ist einer Situation geschuldet, in der andere Bundesländer mit Beamtengehältern locken und Berlin Lehrermangel hat.

Die noch vor Jahren innerhalb der GEW-Berlin heftig geführte Debatte, ob die Gewerkschaft die Verbeamtung der Lehrkräfte fordern sollte, ist zu Gunsten des Angestelltenstatus entschieden und kein Thema mehr. Auf Personalversammlungen spielte es noch länger eine gewisse Rolle, was zeigt, dass der Wunsch nach der privilegierten Stellung sehr weit verbreitet ist und dass man gleichzeitig an die Regierenden appelliert, das schöne Leben herzugeben, ohne dass man darum kämpfen muss. Solange jedoch Abgeordnetenhaus und Senat mit ihrer SPD-Mehrheit an der Nicht-Verbeamtung festhalten, mag die Forderung zwar weiter schwelen, hat aber keine praktische Auswirkung. Die aktiven KollegInnen streben nicht den Beamtenstatus an, sondern sie wollen Ausgleichszahlungen für die statusbedingten Unterschiede, sie fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Seit 2002 werden LehrerInnen in Berlin nicht mehr verbeamtet, ähnlich wie in den anderen östlichen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Meck-

lenburg-Vorpommern. Der große Lehrkräftebedarf Berlins wird durch Neueinstellung von immer mehr Angestellten gedeckt, die mittlerweile die Hälfte aller LehrerInnen stellen. Da sich auch viele in der GEW organisierten, sollte dieses Potential, so war man in der GEW-Berlin überzeugt, ausreichen um einen Pilotabschluss in der Eingruppierungsfrage in einem Land (Berlin) zu erreichen.

Die in 2013 über ein Dreiviertel Jahr konstante Zahl von jeweils ca. 2000 Streikenden demonstrierte zwar das gewachsene Selbstbewusstsein der KollegInnen, reichte aber dennoch nicht, um den Senat an den Verhandlungstisch zu zwingen. Die Elternschaft und die Medien beobachteten die Aktionen der GEW eher wohlwollend, aber der Berliner Finanzsenator (SPD) hatte die TdL im Rücken, die unbedingt vermeiden wollte, dass durch einen Berliner Pilotabschluss die Begehrlichkeiten der Lehrerschaft bundesweit wachsen.

## Die Tarifrunde 2015

Ab 2014 war es zwischen der Bundes-GEW und der TdL zu Gesprächen über eine L-EGO gekommen. Die Gewerkschaft sah wohl die Chance, endlich aus dem tariflosen Zustand rauszukommen. Druckmittel hat sie jedoch kaum, da die Angestelltenlandschaft der meisten Länder zu zersplittert ist und der Organisationsgrad gering. Von daher waren ihre Forderungen recht bescheiden:

- Angleichung der nach DDR-Recht Ausgebildeten
- gemeinsame Richtlinien für Gehaltsanhebung für Funktionsstellen
- Ankoppelung der Lehrkräfte ohne Laufbahnausbildung an die entsprechenden Lehrkräfte mit Laufbahnausbildung, höchstens eine, aber nicht zwei Stufen tiefer
- zusammenfassende Eingruppierungsmerkmale für Lehrkräfte ohne Laufbahnausbildung
- Abschaffung der niedrigen Entgeltgruppe (EG) 9
- Parallelzuordnung Beamtenbesoldung – Angestelltenentgeltgruppe (A12=EG12, nicht wie bisher A 12=EG 11)

Die TdL hatte die Diskussionen und Vorverhandlungen 2014 dann soweit verschleppt, dass L-EGO schließlich im Rahmen der Tarifrunde 2015 verhandelt wurde, seitens der TdL mit dem Interesse, dass Kosten von L-EGO auf das Tarifergebnis angerechnet werden müssten.

Auch in der Lohnetarifrunde des öffentlichen Dienstes der Länder im März 2015 waren sie dann nicht zu übersehen: die Lehrerinnen und Lehrer im Angestelltenverhältnis. Insbesondere in Berlin waren Lehrkräfte auf den Demonstrationen sehr präsent, wie im übrigen auch schon 2013. Vom Lohnetarifergebnis (knapp 5% bis 2017) unberührt blieben die einseitig festgelegten Einstufungen im TVL.

Über die Forderungen der Bundes-GEW hinaus will die Berliner GEW eine Öffnungsklausel in L-EGO verankern, die besagt, dass einzelne Länder auch bessere Bedingungen bieten können als in L-EGO vereinbart. Außerdem besteht die GEW-Berlin auf Zulagen, die Unterschiede zwischen Angestellten- und Beamtenstatus ausgleichen sollen, z. B. bei der Lohnfortzahlung. L-EGO ohne diese Punkte wäre für die Berliner GEW der Genickbrecher, da sich so die Situation für die Berliner KollegInnen verschlechtern würde.

Obwohl die TdL keinerlei Kompromissbereitschaft bei den Fragen der Öffnungsklausel und Status bedingter Ausgleichszahlungen erkennen ließ, hat die Bundes-GEW über L-EGO weiter verhandelt. Die Berliner waren in Gefahr zum Bauernopfer gemacht zu werden.

Zum „Glück“ für die Berliner sind die Verhandlungen wieder mal gescheitert, weil die Arbeitgeber nichts Substantielles anbieten wollten. Der Deutsche Beamtenbund

(dbb) hat sich jedoch nicht geziert. Er hat die Zusammenarbeit mit der GEW aufgekündigt und 2015 einem Vertrag zugestimmt, der nach Einschätzung der GEW für einige wenige kleine Verbesserungen, für viele aber Verschlechterungen und die Friedenspflicht bis 2018 beinhaltet.

Wie sich die Lage dadurch verändern wird, dass der mit dem dbb vereinbarte Tarifvertrag ab August 2015 in Kraft ist, ist noch unklar. Seine Bestimmungen gelten unmittelbar für dbb-Mitglieder, werden laut TdL auf Unorganisierte angewandt und – wie selbstlos – auch GEW-Mitgliedern und ganzen Landesverbänden der GEW angeboten.

## Ein neuer Anlauf?

Auch im Jahr 2015 ist die GEW-Berlin von der Bundesorganisation ermächtigt worden, auf Landesebene Tarifverhandlungen aufzunehmen. Kann die GEW-Berlin wieder da anknüpfen, wo sie im Dezember 2013 aufgehört hat? Die Kampf Stimmung der angestellten Lehrkräfte wurde 2013 aus dem Bewusstsein der Benachteiligung gegenüber den verbeamteten KollegInnen gespeist. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ war die Hauptparole der KollegInnen. In den Warnstreiks mussten die Aktiven aber die Erfahrung machen, dass sie nicht stark genug waren, um den Senat zu Gespräch zu bewegen.

2015 hat sich Ernüchterung breit gemacht. Es fällt offenbar vielen Angestellten schwer zu glauben, dass die bisherige Taktik erfolgversprechend ist, dazu hatten sich 2013 zu wenig KollegInnen an den Streiks beteiligt. Es mangelt am gewerkschaftlichen Bewusstsein bei den KollegInnen, die Mehrheit ist von der kleinbürgerlichen Arbeits- und Lebensweise geprägt. Unter LehrerInnen finden vor jeder Aktion zeit- und nervenaufreibende Debatten statt und am Ende entscheidet doch jede/r für sich allein, ob man sich an einer solidarischen Aktion beteiligt. Solidarität ist in diesen Kreisen eine Größe von geringem Wert, die an die eigene Person von Vorgesetzten oder Eltern gerichteten oder gespürten Erwartungen, dass man im Sinne des Systems funktioniert, wiegen oft mehr. Viele durchschauen auch die komplizierten Zusammenhänge nicht. Die Gewerkschaft kann wegen der Friedenspflicht außerhalb der Lohnetarifrunde nicht einfach mehr Geld fordern, sondern muss auf das Feld der Arbeitsbedingungen und Eingruppierungen ausweichen, wo ein tarifloser Zustand herrscht. So bescheiden sich vorläufig viele junge KollegInnen, die erstmals geregelte Einkommensverhältnisse erleben und als BerufseinsteigerInnen genug Probleme am Arbeitsplatz bewältigen müssen.

Der Geschäftsführende Landesvorstand (GLV) der Berliner GEW will sich laut Rechenschaftsbericht „strategisch neu aufstellen“ und dem Finanzsenator die Berliner Forderungen „auf den Tisch legen“. Von einem Aufruf zu neuen Warnstreiks lässt man vorerst die Finger, was angesichts der Zurückhaltung der KollegInnen angemessen erscheint. Unterdessen ist aber der Vorstand in Depression verfallen oder wie soll man bewerten, dass die Nachrichten immer dünner werden. Im September gab sich der tarifpolitische Sprecher der GEW-Berlin in der Gewerkschaftszeitung noch optimistisch, dass die Tarifaufeinandersetzungen weiter gehen würden, im Oktober war nur noch eine kurze Mitteilung über eine tarifpolitische Konferenz zu lesen. In der Novembernummer steht gar nichts mehr zum Thema. »...mit der Mobilisierung beginnen« (U. Mertens im September) sieht anders aus! Vom GLV kann aber erwartet werden, dass die Erfahrungen der letzten beiden Jahre aufgearbeitet werden und denjenigen eine Orientierung gegeben wird, die auch unter der Passivität ihrer KollegInnen leiden.

7.11.2015 ■